

CHINA

Guerrillakrieg im Wilden Westen?

Drei Wochen nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Chinesen in der Grenzregion Xinjiang werden in dem bitteren ethnischen Konflikt jetzt immer öfter Waffen und Sprengstoff aus dem Ausland eingesetzt. Das berichten interne KP-Papiere, die der SPIEGEL einsehen konnte. Die militärische Ausrüstung, so heißt es in den Dokumenten, schmuggeln Fundamentalisten aus Afghanistan und den angrenzenden Republiken der ehemaligen Sowjetunion über die Grenze. Die Folge: Der Konflikt in Chinas Wildem Westen droht zum Guerrillakrieg zu eskalieren. Vergangene Woche explodierten – wenige Stunden nach den Trauerfeiern für den verstorbenen KP-Patriarchen Deng Xiaoping – drei Bomben in vollbesetzten Bussen der Provinz-



hauptstadt Ürümqi, mindestens sieben Menschen starben, Dutzende von Schwerverletzten wurden in die Krankenhäuser eingeliefert. Die Wüstenregion, in der Peking reiche Ölfelder ausbeutet und in der Vergangenheit insgesamt 45 Atombomben getestet hat, wird mehrheitlich von uigurischen und kasachischen Turkvölkern bewohnt. Gegen Einschränkung ihrer Religionsfreiheit, Massenverhaftungen und Überfremdung durch Han-Chinesen wehren sich Einheimische zusehends mit prä-

zise geplanten Terroraktionen und Massenprotesten. In der Provinzstadt Yining erschlugen Jugendliche zugereiste Chinesen mit ihren Spaten und steinigten Polizisten zu Tode. Im Untergrund haben sich bewaffnete Kleingruppen formiert, die sich der Gründung einer von China unabhängigen „Republik Ostturkestan“ verschrieben haben. Die Militärfachzeitschrift JANE'S INTELLIGENCE REVIEW warnt: „China kann sich bald mit seiner eigenen Version eines Nordirland-Konflikts konfrontiert sehen.“ Anzeichen dafür waren auch nach Niederschlagung der Proteste in Yining zu spüren: Extremisten stoppten einen Reisebus. Sie forderten alle Insassen auf auszusteigen. Dann sonderten sie die Chinesen aus und richteten sie brutal hin, Angehörige der Turkvölker ließen sie laufen.



Haider, Grasser

ÖSTERREICH

Inländer über alles

Mit einer erhöhten Dosis Ausländerfeindlichkeit geht Jörg Haider's Freiheitliche Partei erneut in die Offensive. Der Kärntner Landesrat Karl-Heinz Grasser hatte die Weisung gegeben, bei öffentlichen Bauvorhaben „ausschließlich heimische Arbeitskräfte oder Arbeitskräfte aus EU-Ländern“ einzusetzen. Zwar mußte Grasser die volkswirtschaftlich unsinnige Anordnung vergangene Woche wieder zurücknehmen. Doch in der aufgeregten öffentlichen Debatte gelang es den Freiheitlichen, Ausländer gegen inländische Arbeitslose aufzurechnen. „Die Frage ist, ob man sich in dieser Republik um österreichische Arbeitsplätze noch kümmern darf“, stichelte Haider und forderte „eine Lösung des Ausländerproblems, weil es sonst noch zu einer Eruption in der Bevölkerung kommt“. Mit dieser Hetzkampagne könnten die Freiheitlichen gute Chancen haben, den Aufwind der Sozialdemokraten unter ihrem neuen Kanzler Viktor Klima schon bei den Gemeinderatswahlen am kommenden Sonntag in Kärnten wieder zu bremsen.

BURMA

Rebellen in Not

Zehntausende Angehörige der Karen-Minderheit verließen in den letzten Wochen aus Angst vor der Regierungsarmee ihre Heimat im Osten Burmas und flohen nach Thailand. Die Februar-Offensive der Staatsmilitärs hat auch die Rebellen der „Karen National Union“ in große Bedrängnis gebracht; sie verloren mehrere strategisch wichtige Stützpunkte. Setzen die Burmesen ihren Angriff mit unverminderter Härte fort, steht nach Einschätzung von Militärexperten in Bangkok eine der ältesten Guerrilla-Organisationen der Welt vor dem Aus. Seit fast 50 Jahren kämpft das Drei-Millionen-Volk der Karen vergebens um mehr Autonomie in Burma. Der Bürgerkrieg flammte wieder auf, nachdem Ende Januar Verhandlungen über einen Waffenstillstand erneut gescheitert waren. Ranguns Ziel: die vollständige Kontrolle der 1800 Kilometer langen Grenze zu Thailand. Dies ist vor allem für den geplanten Bau einer Gas-Pipeline in das

Nachbarland und für den Holzhandel wichtig. Den Burmesen ist es jetzt auch gelungen, Bangkok auf ihre Seite zu ziehen. Thailändische Soldaten schickten entgegen langjähriger Praxis in den letzten Tagen männliche Karen-Flüchtlinge wieder nach Burma zurück. So soll verhindert werden, daß die Rebellen von thailändischem Territorium aus gegen die Junta-Soldaten operieren.



Karen-Flüchtlinge in Thailand

RUSSLAND

Steuer-Kampagne

Mit Riesenplakaten schärft der russische Pleite-Staat das Gewissen seiner säumigen Steuerbürger. Überall in den Großstädten fragt von oben herab ein smarterer Geschäftsmann: „Ich habe meine Steuererklärung schon abgegeben, und Sie?“ Die Kampagne erinnert bewußt an den propagandistischen Stil der zwanziger Jahre. Die Lage der gegenwärtigen Moskauer Machthaber ist kaum weniger dra-

matisch: Das Steuerloch ist doppelt so groß wie vor einem Jahr. Für Ende 1997 erwarten Experten eine Staatsverschuldung von 428 Milliarden Mark, mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts. Nur 16 Prozent der 2,6 Millionen Firmen zahlen regelmäßig an den Fiskus. Der Internationale Währungsfonds verweigerte Moskau deswegen gerade erst eine monatliche Kredit-Tranche in Höhe von 340 Millionen Dollar. Schlimmer noch: Der russische Haushalt basiert auf der unrealistischen Annahme, 1997 sogar 4,4 Prozent mehr Steuern ein-treiben zu können als im Vorjahr.